

Academia Iuris

Europarecht

Bearbeitet von
Prof. Dr. Stephan Hobe

9. Auflage 2017. Buch. XXVII, 411 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8006 5446 8
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Europarecht](#), [Internationales Recht](#), [Recht des Auslands > Europarecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Hobe | Europarecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Europarecht

Von

Prof. Dr. Stephan Hobe, LL.M.

Lehrstuhl für Völkerrecht, Europarecht, europäisches und
internationales Wirtschaftsrecht und

Jean-Monnet-Professor für das Recht der Europäischen Integration
an der Universität zu Köln

unter Mitarbeit von

Privatdozent Dr. Michael Lysander Fremuth

Akademischer Oberrat an der Universität zu Köln a. Z.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

9., neu bearbeitete Auflage 2017

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: *Hobe* EuropaR Rn.


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 5446 8

© 2017 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau
Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 9. Auflage

Das sich rasch fortentwickelnde Europarecht und der erfreuliche Zuspruch machen eine weitere Neuauflage dieses Lehrbuchs erforderlich. Zwar hat es den Anschein, dass die europäische Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise jedenfalls ihren krisenhaften Scheitelpunkt überschritten hat und die Situation sich allmählich in den Krisenländern wieder zu normalisieren beginnt. Dies bedeutet indes beileibe nicht, dass schon wieder zur Normalität übergegangen werden könnte. Im Gegenteil: Die Europäische Union wird an den gegenwärtigen Herausforderungen durch das voraussichtliche Austrittsgesuch des Vereinigten Königreichs, die anhaltende Finanzkrise und den weiteren Zustrom von Flüchtlingen beweisen müssen, dass sie über adäquateren Krisenlösungsmechanismus als die europäischen Nationalstaaten verfügt. Und es dürfte allmählich die Zeit herannahen, Lehren zu ziehen und nach Konsequenzen aus dieser größten Herausforderung der Europäischen Union seit ihrem Bestehen zu fragen.

Dieses Lehrbuch ist wie in den Voraufgaben von dem Bemühen gekennzeichnet, das unabdingbare Grundwissen zur Europäischen Union zu vermitteln, will aber auch den Lernenden als Wiederholungsbuch bei der Vorbereitung auf Prüfung und Examen zur Verfügung stehen.

Erneut bin ich Herrn Akad. Oberrat PD Dr. *Michael Lysander Fremuth*, dessen Beitrag besonders herausgehoben ist, zu besonderem Dank bei der Mitarbeit an dieser Neuauflage verpflichtet. Auch Frau *Jenny Neufert-Icking* hat sich durch ihre große Unterstützung bei der Arbeit an dieser Neuauflage in vorbildlicher Weise verdient gemacht.

Zudem haben mich wie gewohnt Frau *Daniela Scholz* bei der zuverlässigen Abfassung des Manuskripts sowie die studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter *Jonathan Badstieber*, *Justin Gräfer*, *Lara Gräwe*, *Hanna Keller*, *Jascha Pelka*, *Manuel Preyer* und *Jan Steuernagel* unterstützt.

Fragen und Anregungen können gerne an meinen Jean Monnet-Lehrstuhl für Völkerrecht, Europarecht, europäisches und internationales Wirtschaftsrecht der Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln, E-Mail stephan.hobe@uni-koeln.de gerichtet werden.

Köln, im Juli 2017

Stephan Hobe

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 1. Auflage

Obwohl es eine Reihe ausgezeichnete Lehrbücher zum Europarecht gibt, soll hiermit ein weiteres vorgelegt werden. Dies geschieht einerseits in der Überzeugung, dass es angesichts der deutlich gestiegenen Bedeutung des Gemeinschaftsrechts, aber auch wegen der wachsenden öffentlichen Wahrnehmung dieser Bedeutung, kein Nachteil sein muss, eine Vielzahl von Lehrbüchern zur Auswahl zu haben. Andererseits bietet das Lehrbuch Gelegenheit, gewisse eigene Akzente in die Diskussion einzubringen.

Nach Jahren etwas langsamerer Entwicklung hat sich seit der Verabschiedung des Vertrags von Maastricht die europäische Diskussion wieder beschleunigt; die jüngere Debatte um die Frage einer europäischen Verfassung zeigt dies deutlich. Das Lehrbuch ist insofern als Versuch zu verstehen, die groben Entwicklungslinien der Diskussion von nunmehr rund 50 Jahren europäischer Integration in allen Bereichen des Gemeinschaftsrechts nachzuzeichnen.

Das Buch versteht sich damit in erster Linie als Studienbuch, welches Studierenden der Pflicht- oder Wahlfachgruppe Europarecht Orientierung bei der Vorbereitung auf Prüfung und Examen bieten will. Insofern wird versucht, einen knappen Überblick über die verschiedenen Regelungsmaterien zu geben und den Stoff durch häufige Verweise auf Sekundärrecht und Rechtsprechung in seiner konkreten Anwendung zu verdeutlichen. Übungsfälle sollen zudem einen ersten Einstieg in die europarechtliche Fallbearbeitung ermöglichen. Das Buch versteht sich darüber hinaus als Hilfe, um einen ersten Zugriff auf die oftmals komplexe Materie zu erleichtern und Anregungen zum weiterführenden Studium zu geben. Dementsprechend beschränken sich die Literaturhinweise in der Regel auf für Studierende leicht zugängliche Schriften vornehmlich aus der Ausbildungsliteratur.

Der Verfasser schuldet zunächst den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Rechtszentrum für europäische und internationale Zusammenarbeit an der Universität zu Köln besonderen Dank. Frau *Hanna Diehl*, Herr *Lars Sloot* und Herr *Alexander Viethen* haben das Buch seit seiner Konzeption mit großem Engagement begleitet und haben damit maßgeblichen Anteil an seinem Zustandekommen. Frau *Gabriele Billigen-Koenen* gebührt Dank für die umsichtige druckfertige Erstellung des Manuskripts. Herrn *Dr. Karl-Ludwig Steinhäuser* vom Carl Heymanns-Verlag sei schließlich für die verlagsseitige Betreuung gedankt.

Köln, im März 2002

Stephan Hobe

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 9. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
1. Teil. Europa – Entwicklungsgeschichte der Integration, Organisationen neben der Europäischen Union sowie Charakter der Unionsrechtsordnung	1
§ 1 Die europäische Idee bis 1945	1
§ 2 Entwicklungslinien der Integration nach 1945	3
§ 3 Die Neuregelungen des Vertrags von Lissabon im Überblick	17
§ 4 Europäische Institutionen neben der Union (Europarat, EFTA, OSZE, OECD und ehemalige WEU)	25
§ 5 Die Unionsrechtsordnung: Öffentlich-rechtlicher Rahmen zur Garantie der Binnenmarktfreiheiten	30
2. Teil. Die institutionelle Struktur der Europäischen Union	35
§ 6 Der Rechtsstatus der Europäischen Union	35
§ 7 Das Verhältnis der Mitgliedstaaten zur Europäischen Union	49
§ 8 Die Organe der Europäischen Union	68
§ 9 Das Finanzsystem	93
3. Teil. Die Grundlagen des Unionsrechts	99
§ 10 Quellen und Geltungsbereich des Unionsrechts	99
§ 11 Das Rechtsschutzsystem	129
§ 12 Haftungsfragen	162
4. Teil. Der europäische Binnenmarkt	173
§ 13 Das Binnenmarktkonzept	173
§ 14 Grundrechte der Europäischen Union	189
1. Abschnitt. Die Grundfreiheiten	201
§ 15 Warenverkehrsfreiheit	201
§ 16 Arbeitnehmerfreizügigkeit	224
§ 17 Niederlassungsfreiheit	235
§ 18 Dienstleistungsfreiheit	244
§ 19 Kapital- und Zahlungsverkehr	260
§ 20 Rechtsangleichung	268
2. Abschnitt. Wirtschafts- und Währungsunion	285
§ 21 Die Währungsunion als Ergebnis eines Entwicklungsprozesses	285
3. Abschnitt. Die Wettbewerbsordnung	313
§ 22 Die europäische Wettbewerbsordnung	313
§ 23 Beihilfenkontrolle	329
5. Teil. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR)	349
§ 24 Die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS)	349
§ 25 Weitere Politikbereiche im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	360
6. Teil. Das Auswärtige Handeln der Union	365
§ 26 Die Gemeinsame Handelspolitik	365
§ 27 Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	373

7. Teil. Weitere ausgewählte Politiken der Union im Überblick	385
§ 28 Landwirtschaftspolitik (einschl. Fischereipolitik)	385
§ 29 Sozialpolitik	388
§ 30 Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik	391
§ 31 Forschungs-, Bildungs- und Kulturpolitik und weitere Politiken	395
Ausgewählte EuGH-Entscheidungen	399
Sachverzeichnis	405


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 9. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
1. Teil. Europa – Entwicklungsgeschichte der Integration, Organisationen neben der Europäischen Union sowie Charakter der Unionsrechtsordnung	1
§ 1 Die europäische Idee bis 1945	1
§ 2 Entwicklungslinien der Integration nach 1945	3
§ 3 Die Neuregelungen des Vertrags von Lissabon im Überblick	17
I. Der Europäische Verfassungsvertrag	17
1. Gliederung des Verfassungsvertrags	18
2. Kernaussagen	18
a) Rechtspersönlichkeit der EU	18
b) Eintritt und Austritt	18
c) Zuständigkeiten	18
d) Organe	19
e) Finanzsystem	19
f) Rechtsakte	20
II. Der Lissabonner Reformvertrag	20
III. Bewertung	24
§ 4 Europäische Institutionen neben der Union (Europarat, EFTA, OSZE, OECD und ehemalige WEU)	25
I. Der Europarat	26
II. Die Europäische Freihandelsorganisation (EFTA)	27
III. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	27
IV. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	28
V. Die Historie der Westeuropäischen Union (WEU)	29
§ 5 Die Unionsrechtsordnung: Öffentlich-rechtlicher Rahmen zur Garantie der Binnenmarktfreiheiten	30
2. Teil. Die institutionelle Struktur der Europäischen Union	35
§ 6 Der Rechtsstatus der Europäischen Union	35
I. Bezeichnungen	35
II. Rechtsnatur der Europäischen Union	38
III. Beitritt – Assoziierung von Mitgliedern; der <i>acquis communautaire</i>	40
IV. Verstärkte Zusammenarbeit	44
V. Die Union der 28 Mitgliedstaaten	46
VI. Außenbeziehungen	47
§ 7 Das Verhältnis der Mitgliedstaaten zur Europäischen Union	49
I. Mitgliedstaaten als »Herren der Verträge«	49
1. Änderungen der Verträge	49
a) Ordentliches Änderungsverfahren	50
b) Vereinfachte Änderungsverfahren	50
2. Einseitiges Austrittsrecht	51
3. Auflösungs- und Ausschlussrecht	53
II. Kompetenzverteilung	54
1. Grundregeln	55
a) Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	55
b) Prinzip der Subsidiarität	57
c) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	60

d) Flexibilitätsklausel nach Art. 352 AEUV	60
e) Implizite Zuständigkeiten – die »implied powers«-Doktrin	62
2. Arten von Zuständigkeiten	63
a) Ausschließliche Zuständigkeit	63
b) Geteilte Zuständigkeit	63
c) Unterstützende Zuständigkeit	64
d) Besondere Kompetenzarten	64
e) Ausschließliche Kompetenzen der Mitgliedstaaten	65
III. Gegenseitige Pflichten von Union und Mitgliedstaaten	65
IV. Diskriminierungsverbot und weitere gegenseitige Verpflichtungen	66
§ 8 Die Organe der Europäischen Union	68
I. Organe (Zusammensetzung; Befugnisse; Bedeutung)	68
1. Europäischer Rat	70
2. Rat	71
3. Kommission	75
4. Parlament	79
5. Gerichtshof, Gericht und Fachgerichte	84
6. Rechnungshof	86
7. Europäische Zentralbank als Organ <i>sui generis</i>	87
8. Nebenorgane	88
a) Europäische Investitionsbank	88
b) Hohe Vertreter der Union	89
c) Ausschuss der Regionen	89
d) Wirtschafts- und Sozialausschuss	90
II. Das Verhältnis der Organe zueinander (das sog. institutionelle Gleichgewicht)	91
III. Die nationalen Parlamente	92
§ 9 Das Finanzsystem	93
I. Grundstruktur	94
II. Haushalt – Einnahmen und Ausgaben	95
3. Teil. Die Grundlagen des Unionsrechts	99
§ 10 Quellen und Geltungsbereich des Unionsrechts	99
I. Rechtsquellen des Unionsrechts	99
1. Primäres Unionsvertragsrecht	100
2. Allgemeine Grundsätze des Unionsrechts	101
3. Gewohnheitsrecht	102
4. Sekundäres Unionsrecht	103
a) Allgemeines	103
b) Die verschiedenen Handlungsformen	104
5. Auslegung des Unionsrechts und Rechtsfortbildung durch den EuGH	110
a) Grammatikalische Auslegung	111
b) Systematische Auslegung	111
c) Historische Auslegung	111
d) Teleologische Auslegung	111
e) Richterliche Rechtsfortbildung	111
II. Das Verfahren der Rechtssetzung	112
1. Völkerrechtliche Grundsätze der Primärrechtssetzung	112
2. Verfahren der Sekundärrechtssetzung	113
a) Einleitung	113
b) Neuerungen im Gesetzgebungsverfahren	113
3. Politische Koordination im Rahmen der EU (sog. offene Methode der Koordinierung)	115
III. Das Verhältnis von Unions- und Völkerrecht	117
IV. Das Verhältnis von nationalem Recht (inkl. nationalen Grundrechten) und Unionsrecht	121
V. Der Vollzug des Unionsrechts	126
§ 11 Das Rechtsschutzsystem	129
I. Kompetenzen des Gerichtshofes der Europäischen Union – Verfahrensgrundsätze	129
1. Zuständigkeiten von Gerichtshof, Gericht und Fachgerichten/Rechtsmittel	129
2. Verfahrensgrundsätze	133
II. Verfahrensarten	134

1. Vertragsverletzungsverfahren	134
2. Nichtigkeitsklage	136
3. Untätigkeitsklage	139
4. Amtshaftungsklage	140
5. Das Vorabentscheidungsverfahren	142
6. Die Subsidiaritätsklage	144
7. Vorläufiger Rechtsschutz	145
a) Antrag nach Art. 278 S. 2 AEUV	145
b) Antrag nach Art. 279 AEUV	145
c) Antrag nach Art. 299 IV 1 AEUV	146
d) Eilverfahren im Rahmen des Art. 267 AEUV	146
III. Auszug eines EuGH-Urteils	156
IV. Rechtsschutz gegen europäische Hoheitsakte durch nationale Gerichte	159
1. Zuständigkeit nationaler Gerichte bzgl. europarechtlicher Rechtssachen	159
2. Berufung auf nationale Grundrechte und nationales Recht gegenüber Unionsrechtsakten?	160
3. Problem des einstweiligen Rechtsschutzes	161
§ 12 Haftungsfragen	162
I. Haftung der Union	162
1. Völkerrechtliche Haftung der Union	162
2. Innereuropäische Haftung der Europäischen Union	162
a) Vertragliche Haftung, Art. 340 I AEUV	163
b) Außervertragliche Haftung, Art. 340 II AEUV	163
II. Die unionsrechtliche Staatshaftung der Mitgliedstaaten	166
1. Allgemeines	166
2. Das Urteil Francovich und nachfolgende Fälle	167
3. Voraussetzungen	168
4. Teil. Der europäische Binnenmarkt	173
§ 13 Das Binnenmarktkonzept	173
I. Europäischer Binnenmarkt	173
1. Begriff und Entwicklung	173
2. Instrumente zur Verwirklichung des Binnenmarktes	174
II. Grundfreiheiten und Diskriminierungsverbot	175
1. Allgemeines	175
2. Allgemeines Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV)	176
3. Antidiskriminierungsmaßnahmen (Art. 19 AEUV)	178
4. Spezielles Diskriminierungsverbot (Art. 157 AEUV)	180
5. Inländerdiskriminierung	181
6. Unionsbürgerschaft	182
III. Reichweite der Schutzrichtung der Grundfreiheiten	185
IV. Beschränkung der Grundfreiheiten	185
V. Adressaten der Grundfreiheiten	186
VI. Konkurrenz der Grundfreiheiten	186
VII. Allgemeines Prüfungsschema zu den Grundfreiheiten	186
§ 14 Grundrechte der Europäischen Union	189
I. Grundrechtsschutz in der Geschichte der Union	189
II. Rechtsprechung des EuGH	190
III. Die EU-Grundrechte-Charta als Teil des Unionsrechts	191
IV. Probleme des europäischen Grundrechtsschutzes	197
V. Ausblick	198
1. Abschnitt. Die Grundfreiheiten	201
§ 15 Warenverkehrsfreiheit	201
I. Grundkonzeption und Schutzbereich	202
1. Sachlicher Schutzbereich	202
2. Persönlicher Schutzbereich	209
3. Räumlicher Schutzbereich	210
4. Drittwirkung	211
II. Schranken und Ausnahmen	211

1. Immanente Schranken	212
2. Rechtfertigung nach Art. 36 AEUV	214
3. Rechtfertigung durch verschiedene weitere Schutzklauseln	217
4. Rechtfertigung aus kollidierenden Grundrechten	217
III. Prüfungsschema zur Warenverkehrsfreiheit	218
IV. Schutz gewerblichen und kommerziellen Eigentums	219
V. Verbot von Handelsmonopolen	221
VI. Übungsfall: Cassis de Dijon, EuGH ECLI:EU:C:1979:42	222
§ 16 Arbeitnehmerfreizügigkeit	224
I. Grundkonzeption und Schutzbereich	224
1. Persönlicher Schutzbereich	225
2. Sachlicher Schutzbereich	225
3. Räumlicher Schutzbereich	227
4. Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	227
5. Drittwirkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	228
II. Schranken und Ausnahmen	228
1. Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Gesundheit (Art. 45 III AEUV)	228
a) Öffentliche Sicherheit und Ordnung	229
b) Gesundheit	229
2. Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung (Art. 45 IV AEUV)	229
3. Gründe des allgemeinen Wohls	230
III. Relevantes Sekundärrecht	230
1. VO (EU) NR. 492/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union v. 5.4.2011	230
2. RL 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Recht der Unionsbürger sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten v. 29.4.2004	231
3. VO (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit v. 29.4.2003	233
4. Brüssel Ia-VO v. 12.12.2012	233
5. Studenten/berufsqualifizierende Abschlüsse	233
§ 17 Niederlassungsfreiheit	235
I. Grundkonzeption und Schutzbereich	235
1. Persönlicher Schutzbereich	235
2. Sachlicher Schutzbereich	236
3. Adressaten	238
II. Schranken und Ausnahmen	238
1. Teilhabe an der Ausübung öffentlicher Gewalt (Art. 51 I AEUV)	238
2. Rechtfertigungsgründe	239
a) Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit (Art. 52 I AEUV)	239
b) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses als ungeschriebene Beschränkungsmöglichkeit	239
III. Relevantes Sekundärrecht	239
1. Freizügigkeitsrichtlinie 2004/38/EG	239
2. Ermächtigung zur Sekundärrechtsetzung in Art. 53 I und II AEUV	240
IV. Insbesondere: Die Grundstrukturen des europäischen Gesellschaftsrechts (<i>«société européenne»</i>)	241
§ 18 Dienstleistungsfreiheit	244
I. Grundkonzeption und Schutzbereich	244
1. Sachlicher Schutzbereich	245
2. Verhältnis zu anderen Grundfreiheiten	246
a) Abgrenzung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit	246
b) Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit	246
c) Abgrenzung zur Warenverkehrsfreiheit	247
3. Persönlicher Schutzbereich	247
II. Schranken und Ausnahmen	248
1. Art. 62 AEUV iVm Art. 51 AEUV	248
2. Art. 62 AEUV iVm Art. 52 I AEUV	248
3. Rechtfertigung aufgrund zwingender Allgemeinwohlintereessen	248

III. Relevantes Sekundärrecht	249
1. Die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste	250
2. Die Arbeitnehmerentsende-Richtlinie	252
3. Die Dienstleistungs-Richtlinie	252
IV. Die europäische Telekommunikationsordnung als Ausprägung grenzüberschreitender Dienstleistungserbringung	253
V. Das Sonderrecht für Dienstleistungen von Banken und Versicherungen	255
1. Banken	256
2. Versicherungen	257
VI. Übungsfall: van Binsbergen/Bestuur van de Bedrijfsvereniging voor de Metaalnijverheid, EuGH ECLI:EU:C:1974:131	258
§ 19 Kapital- und Zahlungsverkehr	260
I. Die Liberalisierung des Kapital- und Zahlungsverkehrs bis 1994	260
II. Freier EU-Geldverkehr seit 1994	261
1. Allgemeines	261
2. Anwendungsbereich	261
a) Sachlicher Anwendungsbereich	261
b) Persönlicher Anwendungsbereich	264
3. Rechtsfolgen	264
4. Schranken und Ausnahmen	265
a) Immanente Schranken	265
b) Art. 64 I AEUV	265
c) Art. 65 AEUV	266
d) Ausnahmeregelungen nach Art. 143, 144 AEUV	266
5. Relevantes Sekundärrecht	266
6. Kapital- und Zahlungsverkehr mit Drittstaaten	267
§ 20 Rechtsangleichung	268
I. Problemstellung	268
II. Ausgewählte Bereiche der Rechtsangleichung	269
1. Zivilrecht	269
a) Europäisches Verfahrens- und Privatrecht	269
b) Verbraucherschutz (Art. 169 AEUV)	271
c) Handels- und Gesellschaftsrecht	273
d) Unlauterer Wettbewerb	274
e) Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht	275
2. Steuerrecht	277
a) Allgemeines	277
b) Rechtsgrundlagen für die Harmonisierung des Steuerrechts	278
c) Die Mehrwertsteuer	279
3. Öffentliches Recht	280
a) Öffentliche Auftragsvergabe	280
b) Chemikalien-RL	284
c) Spielzeug-RL	285
2. Abschnitt. Wirtschafts- und Währungsunion	285
§ 21 Die Währungsunion als Ergebnis eines Entwicklungsprozesses	285
I. Die Europäische Währungsunion: Bedeutung und Vorgeschichte	286
1. Bedeutung	286
2. Geschichte	286
II. Stufen der Verwirklichung der Währungsunion	287
1. Erste Stufe v. 1.7.1990–31.12.1993	288
2. Zweite Stufe v. 1.1.1994–31.12.1998	288
3. Dritte Stufe seit dem 1.1.1999	289
4. Beitritt weiterer Mitgliedstaaten	289
III. Grundkonzeption der Wirtschafts- und Währungsunion	290
1. Gemeinsame Wirtschaftspolitik	290
2. Institutioneller Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion	291
3. Kriterien für die Teilnahme an der Währungsunion im Einzelnen	292
4. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt	293
IV. Die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise – eine Gefahr für die EU?	297

1. Übersicht	297
2. Die Arten, Ursachen und Akteure der Krisen	297
3. Die europäische Dimension der Krisen und der Reformbedarf	299
4. Im Rahmen der EU getroffene Maßnahmen im Einzelnen	300
a) Erste Maßnahmen zur Wirtschafts- und Finanzstabilisierung	300
b) Der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB	301
c) Die neue Finanzaufsichtsarchitektur der Europäischen Union	301
d) Rettungsschirme für hoch verschuldete Euro-Staaten	303
5. Weitere Reformansätze und -diskussionen	305
6. Das BVerfG in der Finanz- und Wirtschaftskrise	308
7. Ausblick	311
V. Rechtsstellung der Nichtmitgliedstaaten der Währungsunion	312
3. Abschnitt. Die Wettbewerbsordnung	313
§ 22 Die europäische Wettbewerbsordnung	313
I. Einführung	313
1. Persönlicher Anwendungsbereich	315
2. Sachlicher Anwendungsbereich	315
3. Räumlicher Anwendungsbereich	315
4. Vollzug	316
II. Kartellverbot (Art. 101 AEUV)	316
1. Verbot wettbewerbsbeschränkender Verhaltensweisen (Art. 101 I AEUV)	316
a) Sachlicher Anwendungsbereich	316
b) Persönlicher Anwendungsbereich	318
c) Tatbestandsausnahmen vom Verbot des Art. 101 I AEUV	318
d) Rechtsfolgen des Verstoßes (Art. 101 II AEUV)	319
2. Freistellungen (Art. 101 III AEUV)	320
III. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV)	322
1. Einführung	322
2. Die marktbeherrschende Stellung	322
3. Wesentlicher Teil des Gemeinsamen Marktes	323
4. Missbräuchliche Ausnutzung	323
5. Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	324
IV. Fusionskontrolle	324
1. Fusionskontrollverordnung	324
2. Kommissionspraxis	325
V. Öffentliche Unternehmen und Wettbewerbsordnung (Art. 106 AEUV) sowie relevantes Sekundärrecht (Transparenzrichtlinie)	326
VI. Zum Verhältnis von nationalem zu europäischem Wettbewerbsrecht	328
§ 23 Beihilfenkontrolle	329
I. Grundkonzeption	330
1. Begriff der staatlichen Beihilfe	331
2. Tatbestandsmerkmale des Art. 107 I AEUV	332
3. Ausnahmen von der Anmeldepflicht	336
a) Bereichsausnahmen, Gruppenfreistellungsverordnungen	336
b) Art. 107 II AEUV (Legalausnahmen)	337
c) Art. 107 III AEUV (Ermessensausnahmen)	337
d) Art. 106 II AEUV (weitere Rechtfertigung)	339
4. Beihilfenaufsicht und -aufsichtsverfahren (Art. 108 AEUV)	340
a) Repressives Verfahren	340
b) Präventives Verfahren	340
II. Schema für die Beihilfenkontrolle	342
III. Sonderproblem: Rückforderung europarechtswidrig gewährter Subventionen	343
Exkurs: Staatliche Beihilfen und die Finanzkrise	346
5. Teil. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR)	349
§ 24 Die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS)	349
I. Entwicklung	349
II. Aufgaben	351
III. Institutioneller Aufbau	352

IV. Handlungsinstrumentarien und Beschlussverfahren	353
1. Handlungsinstrumente	353
2. Beschlussverfahren	354
3. Exkurs: Rahmenbeschlüsse	354
4. Stärkung des Rechtsschutzes	357
V. Europol	357
VI. Eurojust	359
VII. Europäische Staatsanwaltschaft	360
§ 25 Weitere Politikbereiche im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	360
I. Allgemeines	360
II. Grenzkontrollen, Asyl, Einwanderung	360
III. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	362
6. Teil. Das Auswärtige Handeln der Union	365
§ 26 Die Gemeinsame Handelspolitik	365
I. Allgemeine Regelungen	365
II. Grundkonzeption	365
1. Überblick	365
2. Kompetenzen	366
3. Handelspolitische Instrumentarien der Gemeinsamen Handelspolitik	367
III. Bilateral-regionale Handelspolitik	369
1. Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR)	369
2. Die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten	370
3. Die Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten	371
4. Sogenannte Assoziierungsabkommen zur Beitrittsvorbereitung	371
IV. Weltweite multinationale Handelspolitik	372
1. Das neue Rechtsregime der WTO	372
2. Sonstige weltweite und multinationale Handelsabkommen	373
§ 27 Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	373
I. Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik	373
II. Aufgaben	375
III. Institutioneller Aufbau	375
IV. Aktionsmöglichkeiten im Rahmen der GASP	377
1. Gemeinsame Erklärung	378
2. Bestimmung der Grundsätze und der allgemeinen Leitlinien für die GASP	378
3. Beschluss zur Festlegung Gemeinsamer Aktionen	378
4. Beschluss zur Festlegung Gemeinsamer Standpunkte	379
5. Ausbau der regelmäßigen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Führung ihrer Politik	379
6. Das Verfahren der Beschlussfassung nach Art. 31 EUV	380
a) Die konstruktive Enthaltung	380
b) Die Blockademöglichkeit bei Mehrheitsentscheidungen	380
7. Rechtsschutz in der GASP	381
8. Die Rolle der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) für die GASP	381
9. Das Verhältnis der Vorschriften der GASP zum AEU- und EU-Vertrag	382
V. Praxis der GASP	383
7. Teil. Weitere ausgewählte Politiken der Union im Überblick	385
§ 28 Landwirtschaftspolitik (einschl. Fischereipolitik)	385
§ 29 Sozialpolitik	388
§ 30 Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik	391
I. Umweltpolitik	391
II. Verkehrspolitik	392
III. Energiepolitik	393
§ 31 Forschungs-, Bildungs- und Kulturpolitik und weitere Politiken	395
I. Forschungs-, Bildungs- und Kulturpolitik	395
II. Übrige Politiken	396
Ausgewählte EuGH-Entscheidungen	399
Sachverzeichnis	405

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG